Allianz für Mobilität und Energie e. V.

Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e.V.

Pressemitteilung

23. September 2016

Vortragsveranstaltung des AFM+E zum Aufbau einer Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Kraftstoffe

„Aufbau einer Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Kraftstoffe an Land, zu Wasser und in der Luft - Pläne der Bundesregierung“ lautete das Thema der gestrigen Vortragsveranstaltung des AFM+E Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e.V. in Berlin.

Hintergrund sind die Pläne der Europäischen Union, eine Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Kraftstoffe aufzubauen. Deutschland wird im Rahmen der EU-Infrastruktur-Richtlinie (AFID) verpflichtet, eine Mindestinfrastruktur für LNG, CNG, Wasserstoff und die Elektromobilität sicherzustellen. Die Strategie der Bundesregierung, wie der Ausbau von Tankmöglichkeiten für alternative Kraftstoffe und von Stromladestationen gelingen soll, muss bis Mitte November 2016 vorgelegt werden.

Gastredner Helge Pols, Leiter des Referats „Energie und Klimaschutz“ im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), zeigte in seinem Vortrag die Anforderungen an den Verkehrssektor der Zukunft auf. Ziel sei ein treibhausgasneutraler Verkehr bis 2050 und eine Reduktion des Endenergieverbrauchs des Verkehrs im Zeitraum 2005 bis 2020 um 10 Prozent und bis 2050 um 40 Prozent. Und dies bei zunehmender Belastung im Verkehrssektor: Laut der Verkehrsprognose 2030 des BMVI wird der Personenverkehr bis 2030 um 10 Prozent steigen, der Güterverkehr um 38 Prozent und der Flugverkehr sogar um 65 Prozent. Es müssen somit Lösungen gefunden werden, die Umwelt und Klima schützen, gleichzeitig aber dem Bedürfnis der Menschen nach Mobilität gerecht werden.

Hier setze die Bundesregierung – wie die EU – auf den Ausbau der Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Kraftstoffe. Neben der Förderung der Elektromobilität, soll auch der Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur vorangetrieben werden. Im Bereich CNG und LNG werde derzeit noch über die Verlängerung der Steuerbegünstigung beraten.

Dr. Steffen Dagger, Geschäftsführer des AFM+E, betonte, dass der Mineralölmittelstand sich als Begleiter der Bundesregierung auf dem Weg zu einer Diversifizierung der Energieträger des Verkehrssektors verstehe. Gerade für mittelständische Unternehmen gebe es aber auch einige Herausforderungen. „Wenn unsere Unternehmen in alternative Kraftstoffe und die zugehörige Infrastruktur investieren, müssen die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen stimmen.“ Dies zeige sich insbesondere beim Thema LNG. „Einige unserer Unternehmer wollen konkret in LNG investieren – hier fehlt es aber bislang an der Planungs- und

Investitionssicherheit. Wir benötigen deshalb bei der Novelle des Energiesteuergesetzes eine Fortführung der Steuerbegünstigung für LNG auf 10 Jahre ohne Degression – idealerweise entkoppelt von CNG.“ Weiterhin müssten bei der Umsetzung der Richtlinie die Wettbewerbschancen für mittelständische Unternehmen Berücksichtigung finden. „Wenn der Staat politisch in das Wirtschaftsgefüge eingreift, muss er Sorge dafür tragen, dass er die Wettbewerbschancen für mittelständische Unternehmen wahrt im Vergleich zu multinationalen Gesellschaften.“ Schließlich warb Dagger dafür, sich bei der Umsetzung politischer Regelungen nicht nur auf das Leitziel Klimaschutz zu begrenzen: „Wichtige Themen wie Beschäftigung, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Innovationen und das Prinzip der Technologie- und Energieträgeroffenheit müssen wieder ein stärkeres Gewicht in der Politikgestaltung erhalten.“

AFM+E-Kontakt:

Geschäftsführer Dr. Steffen Dagger, Telefon: 0 30 - 20 45 12 53

E-Mail: info@afm-verband.de, www.afm-verband.de

afm+e Allianz für Mobilität und Energie e.V.
Georgenstraße 23
10117 Berlin
Tel +49 (0)30 / 80 95 045 30
Fax +49 (0)30 / 22 605 978
info@afm-verband.de
www.afm-verband.de

Über den Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e.V.:
Der AFM+E-Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie vertritt die Interessen unabhängiger, mittelständisch strukturierter Energieunternehmen gegenüber der Politik in der Bundeshauptstadt Berlin und in den Bundesländern. Die hinter dem Verband stehenden Unternehmen sind eine tragende Säule der Energieversorgung in Deutschland.